

Vordergrund gerückt. Die Osttangente, die man dem örtlichen Gewerbe zugesagt habe, werde aber mehr Verkehr auf die Musberger und Echterdinger Straße bringen. OB Klenk: „Dann protestieren Andere!“

**Stadtbahnkapazität soll besser werden**

Zur geplanten Daimler-Ansiedlung am Fasanenweg wies Erst Bürgermeisterin Eva Noller darauf hin: „Das ist so noch nicht genehmigt.“ Man warte das Verkehrsgutachten ab und setze auch auf das betriebliche Mobilitätsmanagement von Daimler.

An einem 10-Minuten-Takt der U5 „bleiben wir dran“, sagte OB Klenk. Im Gespräch seien die 80 Meter langen Stadtbahnen (Doppeltraktion) und damit mehr Kapazität. Zumal auch in Vaihingen bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze von Daimler und Allianz entstehen würden.

In dem Zusammenhang kündigte er an, mit Stuttgarts OB Kuhn über die daraus entstehende Verkehrsbelastung für Leinfelden-Echterdingen und eine gemeinsame Verkehrsplanung zu reden. Er machte deutlich: „Auf lokaler Ebene werden Verkehrsprobleme nicht gelöst.“ Das könne nur auf Kreis- und regionaler Ebene gelingen.

**Ampelregelung abgelehnt**

Zur Sprache kam auch die Kreuzung Hohenheimer/Max-Lang-Straße, an der nur noch das Rechtsabbiegen erlaubt ist. Die Kreuzung war ein Unfallschwerpunkt, weshalb Polizei und Regierungspräsidium von der Stadt eine Entschärfung der Situation verlangt hatten. Die neue Regelung hat sich bewährt. Allerdings klagen Apotheke und Einkaufszentrum über Umsatzeinbußen.

Frank Thomas vom Ingenieurbüro Thomas&Partner zeigte in seiner Simulation, wie eine Ampelanlage das Linksabbiegen und Geradeausfahren wieder ermöglichen würde. Die zugrundeliegenden Verkehrszahlen wurden vehement angezweifelt. Die Anwesenden sprachen sich gegen eine Ampelregelung aus, die nach ihrer Meinung nur zu weiterem Rückstau führe.

**S21: Lärmschutz soll optimiert werden**

Auch der Lärmschutz entlang der S21-Strecke stand auf der Tagesordnung. Philipp Schwarz, Leiter Stadtplanungsamt, erläuterte die Bahnpläne, die „rein technischer Natur“ seien und nach Ansicht der Stadt nicht ausreichen. Mit einem Landschaftsplaner erarbeite die Stadt eine optimierte Gestaltung der Lärmschutzwände. „Der Aspekt der Ästhetik spielt für die Bahn keine Rolle“, sagte OB Klenk. „Wir wollen die Wände aber so gestalten, dass wir optisch damit leben können.“ Dies werde freilich „nicht wenig Geld kosten“. Die Stadt werde die Bürger bei den Überlegungen zu einer besseren Gestaltung der Lärmschutzwände weiterhin mit einbeziehen. Betroffenen empfahl er, Einwand im derzeit laufenden Planfeststellungsverfahren zu erheben. Die Frist läuft bis 15. September. (gif)

> Info und ein Formular dazu unter [www.leinfelden-echterdingen.de](http://www.leinfelden-echterdingen.de)

**Keine Anschlussunterbringung an der Uhland-/Stuttgarter Straße Sozialwohnungen für zwölf Familien**

Auf dem städtischen Grundstück Uhland-/Stuttgarter Straße wird anstelle einer Anschlussunterbringung für 63 Personen sozialer Wohnraum entstehen: insgesamt zwölf Zwei- und Dreizimmerwohnungen von 57 bis 80 qm. Grund für die Nutzungsänderung ist das geänderte Landesförderprogramm, das künftig nicht mehr Flüchtlingsunterkünfte, sondern Sozialmietwohnraum mit einem 25-prozentigen Zuschuss fördert. Die Stadt hat sich deshalb entschieden, das Gebäude, das langfristig in regulären preiswerten Wohnraum umgewandelt werden sollte, gleich von Anfang an so zu nutzen.

Einziehen können nur Personen mit Wohnberechtigungsschein. Die freiwerdenden Sozialwohnungen sollen dann zur Anschlussunterbringung genutzt werden, erläuterte OB Klenk beim Informationsabend „LE im Dialog: Unteraichen“. Eine dezentrale Unterbringung, betonte er, unterstütze die Integration. Auch anerkannte Flüchtlingsfamilien können sich für eine Mietwohnung bewerben, bestätigte BM Dr. Kalbfell auf Nachfrage, aber mehrheitlich würden in dem Gebäude Bürger der Stadt untergebracht, das Landesförderprogramm gebe klare Richtlinien vor. Baubeginn soll im ersten Quartal 2018 sein, Einzug wäre rund ein Jahr später, sagte Karin Neise, Leiterin Amt für Hochbau und Immobilien der Stadt. Die Kosten werden mit rd. 3,4 Mio. Euro beziffert. Angeregt wurde von Unteraicher Bürgern, mehr als die geplanten zwölf Parkplätze zu schaffen, weil der Parkraum ohnedies knapp sei. „Kleiner bauen wäre auch eine Möglichkeit“, sagte Achim Weinmann, Vorsitzen-



Vorgesehen ist ein Laubengang an der Fassade zur Stuttgarter Straße. Am rückwärtigen Gebäudeteil sind Balkone und Terrassen geplant. Illustration: Stadt

des Vereins Unteraicher Bürger und wies darauf hin, dass der Verein eine Petition mit 170 Unterschriften beim Land eingereicht habe, weil das Gebäude zu massiv ausfalle und „das letzte Grün“ versiegele.

In der Sitzung am Dienstag hat der Gemeinderat der Nutzungsänderung zugestimmt und die weitere Planung in Auftrag gegeben. Baubürgermeisterin Eva Noller sagte, über die Gestaltung könne man reden, nicht aber über die Größe des Gebäudes: „Wenn wir es kleiner machen, verlieren wir ein Geschoss, das wär ein Drittel Wohnungen“. Sie wies darauf hin, dass der Gebäuderiegel zudem ein deutlich wahrnehmbarer Lärmschutz für die dahinter liegenden Häuser sein werde.

Die nicht vorgesehene Unterkellerung und somit fehlende Lagerfläche für die Bewohner monierte Stadträtin Hess (FW). Eine Tiefgarage im Untergeschoss könnte auch Parkraum schaffen, sagte Stadträtin Moosmann (Filderpiraten). (gif)

**Vorsicht am Radschutzstreifen**

**Mindestens 1,5 m Abstand zum Radfahrer einhalten**

Zum neuen Radschutzstreifen in der Stuttgarter Straße und in der Rohrer Straße kommen immer wieder Nachfragen, wie man sich richtig verhält. Es gilt: Radschutz-

streifen dürfen grundsätzlich nur von Radfahrern befahren werden. Das Überfahren des Radschutzstreifens ist nur erlaubt, um Fahrzeugen im Gegenverkehr auszuweichen.



Es darf dadurch jedoch kein Radfahrer auf dem Radschutzstreifen behindert werden. Beim Überholen von Radfahrern ist ein Mindestabstand von 1,5 Meter einzuhalten.

Auf Radschutzstreifen darf nicht geparkt werden, jedoch ist das Halten bis zu drei Minuten, das zum Be- und Entladen sowie das Ein- und Aussteigen erlaubt.

Die Verkehrsbehörde bittet darum, das Gebot der Vorsicht und Rücksicht zu beachten. Foto: Bergmann